

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 65

FREITAG, DEN 16. AUGUST

2013

Inhalt:

	Seite		Seite
Meisterprüfung in der Hauswirtschaft 2013	1345	Öffentliche Bekanntmachung	1345
Berichtigung	1345	Herbst-Deichschau 2013 auf der Insel Neuwerk	1345

BEKANNTMACHUNGEN

Meisterprüfung in der Hauswirtschaft 2013

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration als zuständige Stelle für die Berufsbildung in der Hauswirtschaft – mit Ausnahme der ländlichen Hauswirtschaft – setzt die Prüfungstermine der Meisterprüfung in der Hauswirtschaft 2013 wie folgt fest und gibt diese nachstehend bekannt:

Der schriftliche Teil der Prüfung findet für alle Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer im Bildungswerk DHB, Netzwerk Haushalt, Landesverband Hamburg e. V., Vogelweide 43-49, 22081 Hamburg, am 28. Oktober 2013 und 29. Oktober 2013 um 8.00 Uhr statt.

Die Situationsaufgabe wird am 13. November 2013 ab 8.00 Uhr für alle Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer zentral in der Staatlichen Gewerbeschule 3, Brekelbaums Park 6, 20537 Hamburg, gestellt und bearbeitet.

Die Präsentation der Arbeitsprojekte erfolgt von allen Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmern am 12. Dezember 2013 in der Staatlichen Gewerbeschule 3, Brekelbaums Park 6, 20537 Hamburg.

Die genauen Prüfungszeiten und -orte werden den zur Prüfung Zugelassenen mit der Zulassung mitgeteilt.

Die Anmeldung zur Prüfung hat schriftlich auf den von der zuständigen Stelle vorgesehenen Vordruck bis zum 14. September 2013 bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (zuständige Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz), AI 334, Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg, zu erfolgen.

Vordrucke für die Anmeldung sind bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, VIII. Stock, Zimmer 836, Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg, Telefon: 040/4 28 63 - 27 48, erhältlich.

Hamburg, den 9. August 2013

**Die Behörde für Arbeit, Soziales,
Familie und Integration**

Amtl. Anz. S. 1345

Berichtigung

In der Bekanntmachung „Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Blankenese 42“ vom 30. Juli 2013

(Amtl. Anz. S. 1284) werden die Wörter „denkmalrechtliche Festsetzungen“ durch die Wörter „denkmalrechtliche Regelungen“ ersetzt.

Hamburg, den 9. August 2013

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1345

Öffentliche Bekanntmachung

Das Bezirksamt Bergedorf als Wasser- und Schifffahrtsbehörde gibt bekannt: Zur Optimierung der Betriebsabläufe für die Berufsschifffahrt ändert die Krapphofschleuse (Dove Elbe/Schleusengraben) ab sofort die Schleusenzeiten für Sportboote: Schleusungszeiten für private Nutzer sind täglich von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 15.00 Uhr bis 20.00 Uhr. Außerhalb der Zeiten ist die Mitschleusung bei der Berufsschifffahrt möglich. Der Betrieb für Vorrangschiffe ändert sich nicht. Die Wasserbehörde bittet die Gewässerbenutzer um Beachtung.

Hamburg, den 1. August 2013

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 1345

Herbst-Deichschau 2013 auf der Insel Neuwerk

Die nach § 60 Absatz 1 des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) in der Fassung vom 29. März 2005 (HmbGVBl. Nr. 11 S. 97), zuletzt geändert am 14. Dezember 2007 (HmbGVBl. Nr. 47 S. 501), vorgeschriebene Schau der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen auf der Insel Neuwerk findet am Dienstag, dem 3. September 2013, ab 13.00 Uhr vom Treffpunkt „Eingang Stackmeisterei“ aus statt.

Dem Deichverband der Insel Neuwerk, zu dessen satzungsgemäßen Aufgaben die Beteiligung an einer Deichschau gehört, wird hier Gelegenheit zur Teilnahme und Äußerung gegeben (§ 60 Absatz 2 HWaG).

Hamburg, den 16. August 2013

**HPA Hamburg Port Authority AöR
als Wasserbehörde**

Amtl. Anz. S. 1345

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg
 Postanschrift:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40 Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Frau Anna Schubert
 Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 86
 Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des
 Auftraggebers: <http://www.hamburg.de/schulbau/>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen
 Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)
 verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
 anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber be-
 schafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftrag-
 geber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen
 Auftraggeber:
 Sanierung und Erweiterung Grundschule Brock-
 dorffstraße.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
 ferung bzw. Dienstleistung:
 Bauauftrag
 Hauptort der Ausführung, Lieferung
 oder Dienstleistungserbringung:
 Brockdorffstraße 64 in 22149 Hamburg
 NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmen-
 vereinbarung oder zum dynamischen Beschaf-
 fungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen
 Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
 fungsvorhabens:
 Folgende Leistungen sollen in insgesamt sechs
 Bauabschnitten im Zeitraum vom Juli 2013 bis
 November 2015 ausgeführt werden:
 Geplant ist die abschnittsweise Sanierung (ca.
 3100 m² BGF) und Erweiterung (ca. 1071 m² BGF)
 der Grundschule Brockdorffstraße in Hamburg.
 Hier:
 – Fassadenarbeiten WDVS
 – Estricharbeiten
 – Abwasser- und Wasseranlagen
 – Elektro- und Fernmeldeinstallation
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
 (CPV)
 Hauptgegenstand: 45214210
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
 men (GPA): Ja
- II.1.8) Lose:
 Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
 Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Geschätzter Wert ohne MwSt: 1 288 575,- Euro.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw.
 Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFT- LICHE, FINANZIELLE UND TECHNI- SCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: keine
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedin-
 gungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vor-
 schriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der
 Auftrag vergeben wird:
 Bietergemeinschaften sind unter folgenden Be-
 dingungen zugelassen: Gesamtschuldnerisch haf-
 tend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).
– Eigenerklärung Richtlinie Schwere Verfehlungen (Formblatt beiliegend).
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Umsätze aus den letzten drei Jahren (2010, 2011, 2012).
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als fünf Jahre.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH EU 009/2013
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja
Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABl: 2013/S 037-058397 vom 21. Februar 2013
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 2. September 2013, 12.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 10,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger: SBH Schulbau Hamburg
Konto-Nr.: 201 015 29, BLZ: 200 000 00
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB EU 009/2013
Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen und beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro pro LOS fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.
Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
3. September 2013, 10.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 3. September 2013
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 005

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren**
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Behörde für
Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/42840-2039
- VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)**
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:**
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung (U 1)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/42792-7120
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
1. August 2013

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Sanierung und Erweiterung Grundschule Brockdorffstraße.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Fassadenarbeiten WDVS

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Fassadenarbeiten
Leistungsumfang: WDVS ca. 520 m²
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45443000
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 320 200,- Euro.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin:
Der 2. Bauabschnitt beginnt
06/2013 und endet 03/2014.
3. BA von 03/2014 bis 08/2014.
4. BA von 07/2014 bis 12/2014.
5. BA von 12/2014 bis 07/2015.
6. BA von 07/2015 bis 11/2015.
2. BA = 5 WT, 3. BA = 15 WT,
4. BA = 15 WT, 5. BA = 5 WT
Eröffnungstermin:
3. September 2013 um 10.00 Uhr

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Estricharbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Estricharbeiten
Leistungsumfang:
Zementestrich ca. 1310 m²
Gussasbestestrich ca. 1150 m²
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45262320
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 203 522,- Euro.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:**
Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Der 2. Bauabschnitt beginnt
06/2013 und endet 03/2014.
3. BA von 03/2014 bis 08/2014.
4. BA von 07/2014 bis 12/2014.
5. BA von 12/2014 bis 07/2015.
6. BA von 07/2015 bis 11/2015.
2. BA = 15 WT, 3. BA = 15 WT,
4. BA = 15 WT, 5. BA = 10 WT
Eröffnungstermin:
3. September 2013 um 10.20 Uhr

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Abwasser- und Wasseranlagen

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Abwasser- und Wasseranlagen

Leistungsumfang: Erneuerung aller Wasser- und Abwasseranlagen inkl. Teilsanierung der Grundleitungen. Die Warmwasserbereitung erfolgt dezentral elektrisch.

- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45232460
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 162 000,- Euro.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:**
Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Der 2. Bauabschnitt beginnt
06/2013 und endet 03/2014.
3. BA von 03/2014 bis 08/2014.
4. BA von 07/2014 bis 12/2014.
5. BA von 12/2014 bis 07/2015.
6. BA von 07/2015 bis 11/2015.
2. BA = 20 WT, 3. BA = 20 WT,
4. BA = 15 WT, 5. BA = 10 WT
Eröffnungstermin:
3. September 2013 um 10.40 Uhr

Los-Nr. 4

Bezeichnung: Elektro- und Fernmeldetechnik

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Elektro- und Fernmeldetechnik
Leistungsumfang: Erneuerung des kompletten Leitungsnetzes und aller elektrischen Installationen. Neuinstallation von Hausalarmanlage, Störmeldeanlage, RWA-Anlage, elektroakustische Anlage, Blitzschutzanlage, teilweise Kabelverlegung über Leerrohre auf dem Schulhof, Vergrößerung Hausanschluss, Beleuchtungs- und Sicherheitsbeleuchtungsanlage sowie Datennetzwerk in strukturierter Verkabelung.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45311200
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 602 853,- Euro.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:**
Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Der 2. Bauabschnitt beginnt
06/2013 und endet 03/2014.
3. BA von 03/2014 bis 08/2014.
4. BA von 07/2014 bis 12/2014.
5. BA von 12/2014 bis 07/2015.
6. BA von 07/2015 bis 11/2015.
2. BA = 30 WT, 3. BA = 20 WT,
4. BA = 15 WT, 5. BA = 10 WT
Eröffnungstermin:
3. September 2013 um 11.00 Uhr

Hamburg, den 5. August 2013

Die Finanzbehörde

714

Auftragsbekanntmachung**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von: Frau Anna Schubert
Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 86
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des Auftraggebers: <http://www.hamburg.de/schulbau/>
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
Sanierung und Erweiterung Grundschule Brockdorffstraße.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
Bauftrag
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
Brockdorffstraße 64 in 22149 Hamburg
NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Folgende Leistungen sollen in insgesamt sechs Bauabschnitten im Zeitraum vom Juli 2013 bis November 2015 ausgeführt werden:
Geplant ist die abschnittsweise Sanierung (ca. 3100 m² BGF) und Erweiterung (ca. 1071 m² BGF) der Grundschule Brockdorffstraße in Hamburg.
Hier:
– Tischlerarbeiten
– Wärmeversorgungstechnische Anlagen
– Fliesenarbeiten
– Lufttechnische Anlagen
– Bodenlegerarbeiten
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 45214210
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose:
Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Geschätzter Wert ohne MwSt: 1 094 506,- Euro.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: keine
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).
– Eigenerklärung Richtlinie Schwere Verfehlungen (Formblatt beiliegend).
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Umsätze aus den letzten drei Jahren (2010, 2011, 2012).
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als fünf Jahre.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:
Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH EU 010/2013
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Ja
Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABI:
2013/S 037-058397 vom 21. Februar 2013
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 3. September 2013, 12.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 10,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger: SBH Schulbau Hamburg
Konto-Nr.: 201 015 29, BLZ: 200 000 00
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851,
SBH VOB EU 010/2013
Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen und beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro pro LOS fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.
Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
4. September 2013, 10.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 4. September 2013
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 005
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben: –**
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Behörde für
Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung (U 1)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 92 - 71 20
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
2. August 2013

ANHANG B**ANGABE ZU DEN LOSEN**

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Sanierung und Erweiterung Grundschule Brockdorffstraße.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Tischlerarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Tischlerarbeiten

Leistungsumfang:
Türelemente mit Stahlzarge
Tür- und Fensterelemente mit Blockrahmen
Fensterbänke innen/leibungsverkleidung
WC Trennwände

- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45421130
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 485 615,- Euro.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Der 2. Bauabschnitt beginnt
06/2013 und endet 03/2014.
3. BA von 03/2014 bis 08/2014.
4. BA von 07/2014 bis 12/2014.
5. BA von 12/2014 bis 07/2015.
6. BA von 07/2015 bis 11/2015.
2. BA = 5 WT, 3. BA = 15 WT,
4. BA = 15 WT, 5. BA = 5 WT
Eröffnungstermin:
4. September 2013 um 10.00 Uhr

Los-Nr. 2**Bezeichnung:** Wärmeversorgungsanlagen

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Wärmeversorgungsanlagen
Leistungsumfang: Eine bestehende Zweikesselanlage (Nennleistung 406 kW) wird auf den Leistungsbedarf von ca. 200 kW nach Komplettsanierung umgebaut. Hierfür erfolgt die Demontage eines Bestandsheizkessels und der Umbau der Heizungsverteilung. Alle Heizflächen und die komplette Wärmeverteilung werden erneuert.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45331000
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 249 000,- Euro.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Der 2. Bauabschnitt beginnt
06/2013 und endet 03/2014.
3. BA von 03/2014 bis 08/2014.
4. BA von 07/2014 bis 12/2014.
5. BA von 12/2014 bis 07/2015.
6. BA von 07/2015 bis 11/2015.
2. BA = 15 WT, 3. BA = 15 WT,
4. BA = 15 WT, 5. BA = 10 WT
Eröffnungstermin:
4. September 2013 um 10.20 Uhr

Los-Nr. 3**Bezeichnung:** Fliesenlegearbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Fliesenlegearbeiten
Leistungsumfang: Wandfliesen ca. 500 m²
Bodenfliesen/Feinsteinzeug ca. 955 m²
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45432100
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 213 319,- Euro.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Der 2. Bauabschnitt beginnt
06/2013 und endet 03/2014.
3. BA von 03/2014 bis 08/2014.
4. BA von 07/2014 bis 12/2014.
5. BA von 12/2014 bis 07/2015.
6. BA von 07/2015 bis 11/2015.
2. BA = 20 WT, 3. BA = 20 WT,
4. BA = 15 WT, 5. BA = 10 WT
Eröffnungstermin:
4. September 2013 um 10.40 Uhr

Los-Nr. 4**Bezeichnung:** Lufttechnische Anlagen

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Lufttechnische Anlagen
Leistungsumfang: Für die Lüftung fensterloser WC-Kerne und fensterloser Nebenräume werden reine Abluftanlagen als Einrohrlüftersysteme ähnlich DIN 18017 Teil 3 vorgesehen. Räume, aus denen hohe thermische Lasten abgeführt werden müssen (z. B. Serverraum), erhalten zusätzlich eine mechanische Kühlung in Form einer Umluftkühlung mit Splitgeräten, wobei die Außeneinheiten auf dem Dach aufgestellt werden.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45331210
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 42 000,- Euro.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Der 2. Bauabschnitt beginnt
06/2013 und endet 03/2014.
3. BA von 03/2014 bis 08/2014.
4. BA von 07/2014 bis 12/2014.
5. BA von 12/2014 bis 07/2015.
6. BA von 07/2015 bis 11/2015.
2. BA = 30 WT, 3. BA = 20 WT,
4. BA = 15 WT, 5. BA = 10 WT
Eröffnungstermin:
4. September 2013 um 11.00 Uhr

Los-Nr. 5**Bezeichnung:** Bodenlegearbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Bodenlegearbeiten
Leistungsumfang:
Linoleum ca. 1780 m²
Teppich ca. 140 m²
Parkett ca. 110 m²
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45432100
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 104 572,- Euro.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:**
Vorraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Der 2. Bauabschnitt beginnt
06/2013 und endet 03/2014.
3. BA von 03/2014 bis 08/2014.
4. BA von 07/2014 bis 12/2014.
5. BA von 12/2014 bis 07/2015.
6. BA von 07/2015 bis 11/2015.
2. BA = 30 WT, 3. BA = 20 WT,
4. BA = 15 WT, 5. BA = 10 WT
Eröffnungstermin:
4. September 2013 um 11.20 Uhr

Hamburg, den 5. August 2013

Die Finanzbehörde

715

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 86,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Gymnasium Marienthal,
Holstenhofweg 86, 22043 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 44/2013 AS**
Generalunternehmerleistung über sämtliche Gewerke, Bauwerk-, Baukonstruktionen und technische Anlagen.
- g) Abriss und Ersatzbau einer Einfeldsporthalle
- h) Entfällt

- i) Beginn: Oktober 2013 mit dem Neubau, im Anschluss Abriss der Althalle.
Ende: Neubau: Juli 2014, Abriss nach Fertigstellung bis August 2014.
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 12. August 2013 bis 23. September 2013, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro.
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB Ö 44/2013 AS
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a) senden.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 24. September 2013 um 10.10 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 24. September 2013 um 10.10 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o)
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 23. Oktober 2013.
- w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
Teleax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 9. August 2013

Die Finanzbehörde

716

f & w fördern und wohnen AöR, Hamburg
Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktivseite

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene EDV-Software	191.709,00	117.010,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	129.459.382,17	129.593.478,10
2. Technische Anlagen und Maschinen	55.826,00	78.668,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.634.925,01	1.510.905,01
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>2.466.958,68</u>	3.804.542,38
	133.617.091,86	
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	4.250,00	4.250,00
2. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	428.906,44	424.978,19
3. Rückdeckungsansprüche aus Versorgungsleistungen	<u>147.593.061,40</u>	147.597.200,60
	148.026.217,84	
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.254.077,88	1.051.013,52
2. Forderungen an den Träger der Anstalt öffentlichen Rechts	9.303.909,26	4.593.588,62
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	40.000,00	10.000,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>459.524,48</u>	460.513,69
	11.057.511,62	
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	21.170.816,71	27.372.534,51
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	61.169,49	43.460,91
	<u>314.124.516,52</u>	<u>316.662.143,53</u>

Treuhandvermögen EUR 7.948,81 (Vorjahr EUR 7.298,10)

f & w fördern und wohnen AöR, Hamburg
Bilanz zum 31. Dezember 2012

	31.12.2012	31.12.2011
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Passivseite		
A. EIGENKAPITAL		
I. Stammkapital	10.000.000,00	10.000.000,00
II. Kapitalrücklage	26.048.234,71	27.092.613,30
III. Gewinnrücklagen	450.000,00	0,00
IV. Bilanzverlust	<u>-2.116.049,87</u>	<u>-4.033.513,16</u>
	34.382.184,84	33.059.100,14
B. SONDERPOSTEN AUS ZUSCHÜSSEN UND ZUWEISUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS		
1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	10.392.808,56	7.496.136,56
2. Sonderposten für bedingt rückzahlungspflichtige Spenden zum Anlagevermögen	<u>125.810,00</u>	119.592,00
	10.518.618,56	
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	158.116.227,19	156.962.323,46
2. Sonstige Rückstellungen	<u>19.246.819,56</u>	19.477.732,65
	177.363.046,75	
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.854.965,81	4.945.815,42
2. Erhaltene Anzahlungen	0,00	2.700.000,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.330.846,16	2.139.831,08
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Anstalt öffentlichen Rechts	80.527.231,55	84.205.403,62
5. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>3.244.881,34</u>	3.280.167,51
	90.957.924,86	
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>902.741,51</u>	<u>2.276.041,09</u>
	<u><u>314.124.516,52</u></u>	<u><u>316.662.143,53</u></u>

Treuhandverpflichtungen EUR 7.948,81 (Vorjahr EUR 7.298,10)

f & w fördern und wohnen AöR, Hamburg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	2012 EUR	2011 EUR
1. Umsatzerlöse		
a) Erträge aus Eingliederungshilfen (BSHG)	15.006.742,60	14.457.670,82
b) Landwirtschaftliche Erträge	181.645,06	168.478,78
c) Benutzungsgebühren und Mieten	<u>36.530.760,28</u>	<u>34.329.278,21</u>
	51.719.147,94	48.955.427,81
2. Sonstige betriebliche Erträge	12.214.632,35	16.646.343,69
- davon Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten: EUR 7.815.962,43 (Vorjahr: EUR 8.634.335,88)		
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebs- stoffe und für bezogene Waren	7.981.878,17	8.128.992,67
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>14.335.008,59</u>	<u>13.763.563,06</u>
	22.316.886,76	21.892.555,73
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	28.634.677,31	29.531.860,02
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.072.208,75	5.844.817,19
- davon für Altersversorgung: EUR 437.814,71 (Vorjahr: EUR 146.624,05)		
	<u>34.706.886,06</u>	<u>35.376.677,21</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.236.212,40	2.750.810,48
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.856.430,89	15.880.065,58
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.342.364,37	9.772.515,76
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>11.730.274,74</u>	<u>9.943.946,12</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6.570.546,19	-10.469.767,86
10. Außerordentliche Erträge	5.593.548,87	17.297.082,57
- davon aus der Anpassung nach BilMoG: EUR 1.196.764,80 (Vorjahr: EUR 1.196.764,80)		
11. Außerordentliche Aufwendungen	4.411.905,60	8.641.951,48
- davon aus der Anpassung nach BilMoG: EUR 1.130.516,73 (Vorjahr: EUR 1.130.516,73)		
12. Außerordentliches Ergebnis	1.181.643,27	8.655.131,09
13. Sonstige Steuern	288.012,38	341.769,51
14. Jahresfehlbetrag	-5.676.915,30	-2.156.406,28
15. Verlustvortrag	-4.033.513,16	-11.945.673,32
16. Entnahme aus der Kapitalrücklage	8.044.378,59	10.068.566,44
17. Zuführung zur Gewinnrücklage	-450.000,00	0,00
18. Bilanzverlust	-2.116.049,87	-4.033.513,16

f & w fördern und wohnen AöR, Hamburg

Anhang für das Geschäftsjahr 2012

A. ALLGEMEINE ANGABEN

Im Jahr 2007 wurde die pflegen & wohnen Betriebs GmbH verkauft. Von den Mitarbeitern dieser ehemaligen Tochtergesellschaft haben in 2007 351 von ihrem gesetzlichen Rückkehrrecht zur Anstalt Gebrauch gemacht. Bis zum 31.12.2012 hat f & w 188 Rückkehrer auf finanzierte Stellen in der FHH oder bei f & w übergeleitet, so dass zurzeit noch 163 Rückkehrer bei f & w verbleiben, die gesondert von der FHH finanziert werden. Für weitere 39 Personen sind bereits Vereinbarungen geschlossen worden, die bis 2015 umgesetzt werden. Mit der Drucksache 19/971 hat die Bürgerschaft der FHH beschlossen, f & w die Personal- und Sachkosten für die Rückkehrer zu erstatten. Der Erstattungsbeitrag 2012 wurde wie in den Vorjahren in die Kapitalrücklage eingestellt. Eine Entnahme wurde in Höhe der im Berichtsjahr für die Rückkehrer entstandenen Aufwendungen vorgenommen.

B. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

1. Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Die Gliederung und der Ausweis des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 erfolgen nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften, des Einführungsgesetzes zum HGB (EGHGB) und des am 29. Mai 2009 in Kraft getretenen Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) und des Gesetzes über die Anstalt öffentlichen Rechts f & w fördern und wohnen AöR (FWG). Insbesondere werden die Bilanz nach § 266 HGB und die Gewinn- und Verlustrechnung nach § 275 HGB gegliedert.

Die Bilanz ist unverändert gemäß § 265 Abs. 5 und 6 HGB um die Posten Geschäftsguthaben bei Genossenschaften, Rückdeckungsansprüche aus Versorgungsleistungen, Beteiligungen, Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens, Forderungen an den Träger der Anstalt öffentlichen Rechts und Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Anstalt öffentlichen Rechts ergänzt.

2. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 waren unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Das **Anlagevermögen** ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Abschreibungen werden planmäßig nach der linearen Methode entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Anlagen mit steuerlich zulässigen Sätzen vorgenommen. Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150,- € werden als Betriebsausgabe gebucht. Eigenständige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten mehr als 150,- €, aber nicht mehr als 410,- € betragen, werden im Jahr des Zugangs sofort abgeschrieben. Die Anlagen im Bau werden mit den bis zum Bilanzstichtag angefallenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen werden vorgenommen, wenn eine dauernde Wertminderung erkennbar ist.

Der **Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens** wird entsprechend der jährlichen Abschreibungen der damit finanzierten Gegenstände des Sachanlagevermögens ertragswirksam aufgelöst. In Höhe der noch nicht verwendeten Zuwendungen und Spenden werden entsprechende Verbindlichkeiten gebildet. Die Zusammensetzung und Entwicklung der Zuwendungen aus öffentlicher Förderung ist dem Fördernachweis zu entnehmen, der in diesem Anhang enthalten ist.

Die innerhalb der **Finanzanlagen** ausgewiesenen **Rückdeckungsansprüche aus Versorgungsleistungen** betreffen zukünftige Erstattungen des Hamburgischen Versorgungsfonds, AÖR – nachfolgend kurz „HVF“ – und anderer Dienststellen der FHH für von f & w zu leistende Versorgungszahlungen. Die Ansprüche zum 31.12.2012 sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines Zinssatzes von 5,04%, einer Tarifsteigerung von 2% sowie einer Rentenanpassung von 1% mit dem Barwert bewertet. Zahlungen zur Erfüllung der Ansprüche werden als Abgang erfolgsneutral erfasst. Die Differenz zwischen dem um Abgänge verminderten Anfangsbestand und dem gutachterlich festgestellten Endbestand wird ertragswirksam als Zugang zu den Rückdeckungsansprüchen unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Ergibt sich ein Minderbestand, wird der Abgang im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Die Zugänge im Rahmen der Umstellung auf BilMoG zum 01.01.2010 wurden analog der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen auf 15 Jahre verteilt. Der nicht bilanzierte Anteil gegengüber dem HVF beträgt zum 31.12.2012 13.029 T€ und 1.332 T€ gegenüber Dritten.

Die **Geschäftsguthaben bei Genossenschaften** werden zu Anschaffungskosten aktiviert.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** werden zu Nennwerten abzüglich notwendiger Wertberichtigungen angesetzt. Der Ansatz der **übrigen Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens** erfolgt zu Nennwerten.

Die Zuschüsse der FHH für die Rückkehrer werden als Einlage in die **Kapitalrücklage** gebucht.

Die **Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen** berücksichtigen die zu passivierenden Gesamtverpflichtungen. Den Pensionsverpflichtungen liegt ein versicherungsmathematisches Gutachten zugrunde. Die Verpflichtung wurde auf der Grundlage der Richttafeln 2005 von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz vom 25. Mai 2009 sind die handelsrechtlichen Vorschriften zur Bewertung und Bilanzierung von Pensionsrückstellungen geändert worden. Die Pensionsrückstellungen sind seit dem 01.01.2010 nach Maßgabe des notwendigen Erfüllungsbetrages und gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit einem durch die Deutsche Bundesbank bekannt zu gebenden Diskontierungssatz zu ermitteln. Der veröffentlichte Rechnungszins wurde für eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren angesetzt. Der Rechnungszins beträgt zum 31.12.2012 5,04%. Für Tarifsteigerungen sind 2% und für eine Rentenanpassung 1% zu Grunde gelegt worden.

Bei der Umstellung auf BilMoG zum 01.01.2010 wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die erforderlichen Zuführungsbeträge über eine Laufzeit von 15 Jahren zu verteilen. Zum 31.12.2012 wurden Rückstellungen in Höhe von 13.566 T€ nicht bilanziert.

Die Rückstellungen für Rückbau und Archivierung sind mit einer Preissteigerung von 1,8 % und dem der Laufzeit entsprechendem Rechnungszins der Deutschen Bundesbank berechnet worden.

Bei der Bilanzierung und Bewertung der **übrigen Rückstellungen** wird allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung getragen. Sie sind in der Höhe bemessen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die **Verbindlichkeiten** werden zu Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

C. ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS 31.12.2012

1. Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens nach Anlagengruppen ist dem Anlagenachweis zu entnehmen, der in diesem Anhang enthalten ist.

In 2012 wurden die Liegenschaften Am Burgberg, An der Alsterschleife Holstenkamp, und Teilgrundstücke der Liegenschaften Oberaltenallee und Heimfeld verkauft.

Die **Finanzanlagen** weisen zum Bilanzstichtag 2012 einen Betrag von 148,0 Mio. € aus. In Höhe von 137,0 Mio. € betrifft der Ausweis Rückdeckungsansprüche aus Versorgungsleistungen gegenüber dem HVF. Nicht bilanziert wurden 13,0 Mio. €, da die Zugänge zum 01.01.2010, die sich aus der Umstellung auf BilMoG ergeben haben und entsprechend der Zuführungen zur Pensionsrückstellung behandelt worden sind, ebenfalls auf 15 Jahre verteilt wurden. Die bilanzierten Ansprüche stehen im Zusammenhang mit den gebildeten Pensionsrückstellungen und betreffen Anwartschaften der Personen, die vor dem 01.08.1997 bei der Rechtsvorgängerin der f & w beschäftigt waren, in dem Umfang, wie sie bis zum 31.12.2005 entstanden sind, soweit sie nach dem 01.01.2006 fällig werden (Versorgungsaltsaten). Sofern und soweit f & w Ansprüche auf Erstattung der Zahlung der vorgenannten Versorgungsaltsaten gegen Dritte zustehen, sind diese auf die Erstattungsverpflichtung des HVF anzurechnen.

Diesbezüglich wurden Forderungen gegen Dritte in Höhe von 10,6 Mio. € berücksichtigt. Diese Ansprüche betreffen aktive und ehemalige Mitarbeiter, die Vordienstzeiten in anderen öffentlichen Unternehmen haben und von diesen öffentlichen Unternehmen als vorangegangene Arbeitgeber zu erstatten sind. Auch hier wurde wie bei den HVF Rückdeckungsansprüchen von dem Wahlrecht auf Verteilung über 15 Jahre Gebrauch gemacht. Aus der Umstellung auf BilMoG wurde ein Betrag von 1,3 Mio. € nicht bilanziert.

In den Finanzanlagen sind in Höhe von 0,4 Mio. € Geschäftsguthaben bei Genossenschaften enthalten.

2. Forderungen

Die Forderungen sind innerhalb eines Jahres fällig.

Die Forderungen an den Träger der Anstalt öffentlichen Rechts betreffen die FHH und resultieren vorrangig aus Kostensatzerstattungen und Zuschüssen für den Kapazitätsaufbau im Geschäftsbereich Wohnen

mit 6.550 T€ (Vj. 964 T€) und für das Sanierungsprogramm mit 2.328 T€ (Vj. 2.328 T€) sowie aus Erstattungsansprüchen aus der Verwaltung der Betrieblichen Altersversicherung mit 426 T€ (Vj. 1.301 T€).

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Forderungen gegen Lieferanten in Höhe von 168 T€, Forderungen aus Zinsabrechnungen in Höhe von 71 T€, Gehaltsforderungen in Höhe von 29 T€ sowie Kautionsforderungen in Höhe von 17 T€.

3. Kapitalrücklage/Gewinnrücklage

Die Kapitalrücklage der Anstalt entwickelt sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt:

Stand 01.01.2011	27.092.613,30 €
Einlage	7.000.000,00 €
Entnahme	-8.044.378,59 €
Stand 31.12.2012	26.048.234,71 €

Im Geschäftsjahr 2012 erfolgte eine Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von insgesamt 7,0 Mio. € sowie Entnahmen aus der Kapitalrücklage von 8,0 Mio. €. Die Einlage in Höhe von 7,0 Mio. € wurde vom Träger der Anstalt zur Finanzierung der Rückkehrer geleistet. In diesem Zusammenhang entstanden im Berichtsjahr Aufwendungen für Rückkehrer in Höhe von 8,0 Mio. €. Der Mehraufwand für die Rückkehrer in Höhe von 1,0 Mio. € wurde aus Einlagen der Vorjahre finanziert. In der Kapitalrücklage verbleibt damit noch ein Betrag 127 T€ für die Rückkehrer.

Die Gewinnrücklage der Anstalt entwickelt sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt:

Stand 01.01.2012	0,00 €
Einstellung	450.000,00 €
Stand 31.12.2012	450.000,00 €

Aus dem Jahresergebnis 2011 wurde für den Geschäftsbereich Wohnen eine Rücklage in Höhe von 450 T€ gebildet. Davon sind 300 T€ für zukünftig notwendige Instandhaltungsmaßnahmen zur langfristigen Erhaltung der Wohnanlagen und 150 T€ für Investitionen in der öffentlichen Unterbringung vorgesehen.

4. Pensionsrückstellungen

Die Versorgungsverpflichtungen betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 171,7 Mio. € und umfassen alle Versorgungsansprüche. Bei der Umstellung auf BilMoG zum 01.01.2010 wurde für die dadurch erhöhte Zuführung von der Verteilung auf 15 Jahre Gebrauch gemacht. Die noch nicht bilanzierten Anteile betragen zum Bilanzstichtag 13.566 T€.

5. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen die folgenden Posten: Altersteilzeit (5,1 Mio. €), Rückbaukosten im Geschäftsbereich Wohnen (5,3 Mio. €), Beihilfeverpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitarbeitern (3,7 Mio. €), Kaufvertragsverpflichtungen aus den verkauften Liegenschaften (1,4 Mio. €), Erstattungspflichten für zukünftige Beiträge an den Pensionsversicherungsverein auf Gegenseitigkeit (PSVAG) (0,7 Mio. €), Abfindungen (0,6 Mio. €) sowie Urlaubsansprüche (0,6 Mio. €).

6. Verbindlichkeiten

Die Fristigkeit der Verbindlichkeiten ergibt sich wie folgt:

	Restlaufzeit			
	bis zu einem Jahr	ein bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	Gesamt
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	95.781	450.964	4.308.220	4.854.965
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.330.846	0	0	2.330.846
Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Anstalt öffentlichen Rechts	22.654.204	0	57.873.027	80.527.231
Sonstige Verbindlichkeiten				
a) aus Steuern	517.567	0	0	517.567
b) übrige Posten	2.727.316	0	0	2.727.316
	28.325.714	450.964	62.181.247	90.957.925

Bei den ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Anstalt öffentlichen Rechts handelt es sich mit 57,9 Mio. € (Vj. 65,1 Mio. €) um ein unbefristetes zinsloses Darlehen der FHH, das in 2012 durch die Grundstücksverkäufe An der Alsterschleife (1,3 Mio. €), Heinrich-Hertz-Straße (0,9 Mio. €), Am Burgberg (0,4 Mio. €), Holstenkamp (1,8 Mio. €) und die Teilverkäufe der Liegenschaften Oberaltenallee (2,2 Mio. €) und Heimfeld (0,6 Mio. €) getilgt wurden. Das Darlehen ist im Verbindlichkeitspiegel unter langfristig ausgewiesen, weil dem gegenüber Immobilienvermögen steht und eine Tilgung erst durch Verkauf der Immobilie erfolgt. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Anstalt beinhalten im Wesentlichen gestundete Zinsen in Höhe von 9,3 Mio. € (Vj. 9,3 Mio. €), einbehaltene Vermarktungspauschale und Freimachungskosten aus den verkauften Immobilien in Höhe von 5,6 Mio. € (Vj. 5,4 Mio. €), Zuwendungen und Zuschüsse in Höhe von 5,6 Mio. € (Vj. 4,2 Mio. €) und eine offene Rechnung in Höhe von 2,0 Mio. € (Vj. 0,2 Mio. €) der Finanzbehörde Immobilienmanagement.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind sämtlich durch Grundschulden an verschiedenen Grundstücken der Anstalt besichert. Darüber hinaus bestehen für die Verbindlichkeiten im üblichen Umfang branchenübliche bzw. Kraft Gesetz entstehende Sicherheiten (z.B. Eigentumsvorbehalte).

7. Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind u.a. Zuwendungen und Zuschüsse in Höhe von 7.816 T€ enthalten, die sich wie folgt zusammensetzen:

Zuschuss der BASFI zu Beihilfen und zur Bearbeitung der Ruhegeldempfänger	438 T€
Zuschuss der BASFI zu den Overheadkosten im W-Bereich	6.677 T€
Zuschuss der BASFI zu den Schließungskosten im W-Bereich	337 T€
Zuschuss für das Winternotprogramm – Spaldingstraße –	127 T€
Zuschuss Fassadensanierung Betreutes Wohnen – Altona –	47 T€
Zuwendung Pik AS	73 T€
Zuwendungen Klimaschutz – Wegenkamp –	58 T€
Zuschuss Modernisierung Mendelstraße (Balkone)	5 T€

Zuschuss Wohnungsbaukreditanstalt für Belegungsbindung – Holstenpunn –	3 T€
Erträge aus Pensionsforderungen an Dritte gem. Gutachten	42 T€
Erträge aus Pensionsforderungen an den HVF gem. Gutachten	9 T€
Ferner sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1.284 T€ in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten.	

8. Personalaufwand

Die Personalaufwendungen enthalten mit 1.290 T€ Abfindungen für die Beendigung von Arbeitsverhältnissen im Rahmen der Anpassung des Personalbestandes des Geschäftsbereiches Wohnen, der Eingliederungshilfe und der Hauptverwaltung (inkl. Rückkehrer).

9. Zinsaufwendungen und Zinserträge

Im Zinsergebnis werden die Zinsaufwendungen und -änderungsbeträge der langfristigen Verbindlichkeiten abgebildet:

Zinsertrag	2012	2011
Pensionen Forderungen HVF	9.384 T€	8.258 T€
Pensionen Forderungen Dritte	683 T€	591 T€
Rückbau	31 T€	727 T€
Sonstige Zinserträge	244 T€	196 T€
Summe	10.342 T€	9.772 T€
Zinsaufwendungen	2012	2011
Pensionsrückstellungen	10.730 T€	9.280 T€
Rückbau	295 T€	0 T€
Beihilferückstellungen	227 T€	186 T€
Jubiläumrückstellungen	10 T€	9 T€
Altersteilzeit	303 T€	310 T€
Kreditzinsen	165 T€	159 T€
Summe	11.730 T€	9.944 T€

10. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Die außerordentlichen Erträge in Höhe von 5.594 T€ beinhalten im Wesentlichen die Mehrerlöse aus den Verkäufen Oberaltenallee (2.792 T€), Am Burgberg (134 T€), An der Alsterschleife (1.128 T€), Holstenkamp (329 T€) und Heimfeld (14 T€) sowie 1/15 aus der Umstellung auf BilMoG zum 01.01.2010 in Höhe von 1.197 T€.

Die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 4.412 T€ resultieren im Wesentlichen aus dem Einbehalt der Vermarktungspauschale und den Freimachungskosten aus dem Verkauf der Liegenschaften Oberaltenallee (908 T€), Am Burgberg (121 T€), An der Alsterschleife (425 T€), Heimfeld (315 T€) und Holstenkamp (648 T€) sowie Rückstellungen für Bodenkontaminierungen der Liegenschaften Oberaltenallee (500 T€) und Heimfeld (360 T€) sowie 1/15 aus der Umstellung auf BilMoG zum 01.01.2010 mit 1.131 T€.

D. SONSTIGE ANGABEN

1. Geschäftsführung

Dr. Rembert Vaerst, Hamburg ^{a)}

2. Aufsichtsrat

Staatsrat Jan Pörksen ¹⁾
Vorsitzender

Antje Riecke ⁷⁾
stellvertretende Vorsitzende

Wilhelm Alms ²⁾

Jutta Hartung ³⁾

Prof. Dr. Dr. Uwe Koch-Gromus ⁴⁾

Helmut Manthey ⁵⁾

Matthias Witt ⁶⁾

Silvia Saß ⁷⁾

Uwe Holtermann ⁷⁾

^{a)} Dr. Rembert Vaerst ist im Hauptberuf Geschäftsführer der Anstalt

¹⁾ Staatsrat der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

²⁾ Gesellschafter und Vorsitzender des Beirats der Assekurata GmbH

³⁾ Referatsleiterin im Beteiligungsmanagement in der Finanzbehörde

⁴⁾ Dekan der Medizinischen Fakultät im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf

⁵⁾ Abteilungsleiter Unternehmensbeteiligungen und Verwendungsnachweisprüfungen in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

⁶⁾ Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

⁷⁾ Arbeitnehmervertreter(in)

3. Organbezüge

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates bezogen in 2012 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 3.290,- €

4. Anzahl der Mitarbeiter

Die Anzahl der Vollzeitstellen (ohne Auszubildende, geringfügig Beschäftigte und Praktikanten) betrug im Geschäftsjahr 2012 durchschnittlich:

Vollzeitkräfte	682,00
davon Rückkehrer	<u>160,70</u>
Vollzeitkräfte ohne Rückkehrer	521,30

Die Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende, geringfügig Beschäftigte und Praktikanten) betrug im Geschäftsjahr 2012 durchschnittlich:

Mitarbeiter	780,90
davon Rückkehrer	<u>190,80</u>
Mitarbeiter ohne Rückkehrer	590,10

5. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die nicht zu passivierenden sonstigen Verpflichtungen belaufen sich auf 74,1 Mio. €. Sie resultieren aus langfristigen Miet-, Pacht-, Dienstleistungs- und Wartungsverträgen für die gesamte Vertragslaufzeit. Davon entfallen auf:

Mietverträge für Wohnungen und Gebäude	44,2 Mio. €
Dienstleistungsverträge	25,8 Mio. €
Sonstige Verträge (Wartung, Leasing u.ä.)	4,1 Mio. €

6. Entsprechenserklärung zum Hamburger Corporate Governance Kodex

Die Entsprechenserklärung zum Hamburger Corporate Governance Kodex i.S.d. § 161 AktG wurde für das Geschäftsjahr 2011 abgegeben und ist auf der Internetseite von f & w unter www.foerdernundwohnen.de veröffentlicht.

7. Das für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers

- a) Abschlussprüfungsleistungen TEUR 60
b) Andere Bestätigungsleistungen TEUR 15

Hamburg, den 22. März 2013

f & w fördern und wohnen AöR
Dr. Rembert Vaerst – Geschäftsführer –

f & w fördern und wohnen AöR, Hamburg
Anlagennachweis 31.12.2012

	Entwicklung der Anschaffungswerte						Entwicklung der Abschreibungen						Buchwerte		
	1.1.2012		31.12.2012		31.12.2012		1.1.2012		31.12.2012		31.12.2012		31.12.2011		
	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2012	Zugänge	Abgänge	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände															
Entgeltlich erworbene Software	3.526.968,31	0,00	0,00	3.696.829,02	3.409.958,31	95.161,71	0,00	3.505.120,02	191.709,00	117.010,00					
II. Sachanlagen															
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	248.350.722,22	3.193.816,40	18.670.553,48	236.413.614,15	118.757.244,12	1.439.125,12	13.242.137,26	106.954.231,98	129.459.382,17	129.593.478,10					
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.683.209,51	0,00	48.561,99	1.634.647,52	1.604.541,51	22.842,00	48.561,99	1.578.821,52	55.826,00	78.668,00					
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.545.499,95	0,00	791.373,60	8.562.072,19	7.034.594,94	679.083,57	786.531,33	6.927.147,18	1.634.925,01	1.510.905,01					
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.804.542,38	-3.193.816,40	32.056,64	2.466.958,68	0,00	0,00	0,00	0,00	2.466.958,68	3.804.542,38					
	262.383.974,06	6.235.864,19	19.542.545,71	249.077.292,54	127.396.380,57	2.141.050,69	14.077.230,58	115.460.200,68	133.617.091,86	134.987.593,49					
III. Finanzanlagen															
1. Beteiligungen	4.250,00	0,00	0,00	4.250,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.250,00	4.250,00					
2. Geschäfts Guthaben bei Genossenschaften	424.978,19	3.928,25	0,00	428.906,44	0,00	0,00	0,00	0,00	428.906,44	424.978,19					
3. Rückdeckungsansprüche aus Versorgungsleistungen	137.269.381,86	10.470.162,93	10.714.287,00	137.025.257,79	0,00	0,00	0,00	0,00	137.025.257,79	137.269.381,86					
Forderungen HVF	10.327.818,74	793.849,87	553.865,00	10.567.803,61	0,00	0,00	0,00	0,00	10.567.803,61	10.327.818,74					
Forderungen Pensionsansprüche FHH/Dritte	148.026.428,79	11.267.941,05	11.268.152,00	148.026.217,84	0,00	0,00	0,00	0,00	148.026.217,84	148.026.428,79					
Summe	413.937.371,16	17.673.665,95	30.810.697,71	400.800.339,40	130.806.338,88	2.236.212,40	14.077.230,58	118.965.320,70	281.835.018,70	283.131.032,28					

f & w fördern und wohnen AöR, Hamburg

Nachweis der Förderungen nach Landesrecht (Fördernachweis) 31.12.2012

	Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte						Entwicklung der geförderten Abschreibungen						Buchwerte	
	1.1.2012		31.12.2012		1.1.2012		31.12.2012		1.1.2012		31.12.2012		31.12.2011	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
Entgeltlich erworbene Software	816,71	0,00	0,00	0,00	816,71	816,71	0,00	0,00	0,00	0,00	816,71	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	12.720.757,48	3.267.050,17	0,00	1.181.495,53	14.806.312,12	5.469.197,48	361.338,56	0,00	1.181.516,92	4.649.019,12	10.157.293,00	7.251.560,00		
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.123.288,91	0,00	0,00	0,00	1.123.288,91	1.123.288,91	0,00	0,00	0,00	1.123.288,91	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	275.712,29	7.582,59	0,00	25.995,53	257.299,35	184.523,29	16.643,59	0,00	25.995,53	175.171,35	82.128,00	91.189,00		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	14.119.758,68	3.274.632,76	0,00	1.207.491,06	16.186.900,38	6.777.009,68	377.982,15	0,00	1.207.512,45	5.947.479,38	10.239.421,00	7.342.749,00		
III. Finanzanlagen														
	153.387,56	0,00	0,00	0,00	153.387,56	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	153.387,56	153.387,56		
Summe	14.273.962,95	3.274.632,76	0,00	1.207.491,06	16.341.104,65	6.777.826,39	377.982,15	0,00	1.207.512,45	5.948.296,09	10.392.808,56	7.496.136,56		

f & w fördern und wohnen AöR, Hamburg
Nachweis der nicht öffentlichen Förderungen (Zweckgebundene Spenden) zum 31.12.2012

	Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte				Entwicklung der geförderten Abschreibungen				Buchwerte	
	1.1.2012	31.12.2012	1.1.2012	31.12.2012	1.1.2012	31.12.2012	31.12.2012	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Entgeltlich erworbene EDV-Software	729,12	0,00	0,00	729,12	0,00	0,00	729,12	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	121.261,54	0,00	0,00	121.261,54	0,00	0,00	42.463,54	78.798,00	81.144,00	81.144,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	130.234,12	18.879,68	8.788,96	140.324,84	91.786,12	9.740,68	93.312,84	47.012,00	38.448,00	38.448,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	251.495,66	18.879,68	8.788,96	261.586,38	131.903,66	12.086,68	135.776,38	125.810,00	119.592,00	119.592,00
Summe	252.224,78	18.879,68	8.788,96	262.315,50	132.632,78	12.086,68	136.505,50	125.810,00	119.592,00	119.592,00

f & w fördern und wohnen AöR, Hamburg Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

Inhaltsverzeichnis

<p>1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen</p> <p>1.1 Überblick über den Geschäftsverlauf</p> <p>1.2 Organisatorische und rechtliche Struktur, Leitung und Kontrolle des Unternehmens</p> <p>1.3 Markt- und Branchenentwicklung/f & w im Markt</p> <p>1.3.1 Geschäftsbereich Wohnen</p> <p>1.3.2 Geschäftsbereich Eingliederungshilfe</p> <p>1.3.3 Immobilienbereich</p> <p>1.3.4 Hauptverwaltung</p> <p>2 Ertragslage</p> <p>3 Vermögens- und Finanzlage</p> <p>4 Personal</p> <p>5 Nachtragsbericht</p> <p>6 Risikobericht</p> <p>6.1 Risikomanagement</p> <p>6.2 Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung</p>	<p>6.2.1 Geschäftsbereich Wohnen</p> <p>6.2.2 Geschäftsbereich Eingliederungshilfe</p> <p>6.2.3 Immobilienbereich</p> <p>6.2.4 Rückkehrer</p> <p>6.2.5 Erstattung der Rückkehreraufwendungen und Rückdeckungsansprüche aus Versorgungsleistungen</p> <p>6.2.6 Gesamteinschätzung der Risikolage von f & w</p> <p>7 Entsprechenserklärung zum Hamburger Corporate Governance Kodex 2011</p> <p>8 Prognosebericht/Ausblick auf die Geschäftsjahre ab 2013 ff.</p> <p>8.1 Geschäftsbereich Wohnen</p> <p>8.2 Geschäftsbereich Eingliederungshilfe</p> <p>8.3 Immobilienbereich</p> <p>8.4 Hauptverwaltung</p>
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Überblick über den Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der f & w fördern und wohnen AöR (f & w oder Anstalt) und insbesondere der Verlust des Geschäftsjahres 2012 in Höhe von 5.677 Tsd. € sind vor allem durch folgende Gegebenheiten geprägt:

1. Die Aufwendungen für die Rückkehrer aus dem ehemaligen Pflegebereich, die durch eine Kapitaleinlage der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) gedeckt werden.
2. Eine hohe Belegung in der öffentlichen Unterbringung führt zu einem positiven Ergebnis im Geschäftsbereich Wohnen.
3. Das Ergebnis wird durch den Verkauf der nicht betriebsnotwendigen Liegenschaften Am Burgberg und An der Alsterschleife sowie Teilflächen der Grundstücke Oberaltenallee, Heimfeld und Holstenkamp wesentlich beeinflusst.

Die nachfolgende Beurteilung des Geschäftsverlaufes 2012 orientiert sich an der Entwicklung der operativen Geschäftsbereiche:

1. Im **Geschäftsbereich Wohnen** erhöhte sich die Nachfrage nach öffentlicher Unterbringung vor allem durch die seit Mitte 2010 spürbar zunehmenden Asylbewerber. Diese Zunahme hat sich seit Mitte 2012 nochmals erheblich verstärkt. Allein die Zuwanderung erhöhte sich gegenüber 2010 um über insgesamt 74 %. Der in 2011 begonnene Kapazitätsaufbau in der öffentlichen Unterbringung wurde in 2012 fortgesetzt und orientiert sich an den gestiegenen Bedarfen. Eine besondere Herausforderung bilden für den Geschäftsbereich die strukturell ungelösten Kapazitätsengpässe, die insbesondere durch die Situation am Wohnungsmarkt, durch die Flüchtlingsentwicklung und durch die fachlichen Anforderungen an die Unterbringung hervorgerufen werden.

2. Die Geschäftsentwicklung des **Geschäftsbereichs Eingliederungshilfe** ist im Berichtszeitraum durch eine erfreuliche Belegungsentwicklung gekennzeichnet. Der positive Trend in der Auslastungsentwicklung konnte in allen Einrichtungen stabilisiert und im Jahresverlauf gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. In allen Einrichtungen bestätigte sich der Trend, dass immer mehr jüngere Klienten mit hohem Hilfe- und Unterstützungsbedarf und chronifizierten Krankheitsverläufen sowie multiplen Problemlagen aufgenommen werden. Das Angebot zur Unterbringung und Betreuung von ehemaligen Sicherungsverwahrten wurde ausgeweitet und in enger Abstimmung mit den beteiligten Behörden entsprechend dem Fachkonzept erfolgreich umgesetzt. Die Betriebsgesellschaft „Trägerverbund Psychische Gesundheit (TPG) gGmbH“ konnte in 2012 die prognostizierten Fallzahlen und das geplante Jahresergebnis erreichen.

3. Von den Mitarbeitern des ehemaligen Pflegebereiches haben in 2007 351 von ihrem gesetzlichen Rückkehrrecht zur Anstalt Gebrauch gemacht. Der überwiegende Teil ist mit Wirkung zum 01.10.2007 zur Anstalt zurückgekehrt. Die Rückkehrer werden in der **Hauptverwaltung** geführt. Sie werden vorrangig in Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung bei anderen Arbeitgebern eingesetzt. Im Berichtszeitraum war dies schwerpunktmäßig bei der FHH. Bis zum 01.01.2013 wurden für 227 Rückkehrer endgültige neue Lösungen gefunden (Ausscheiden bis zum 31.12.2014), davon waren bis zum 01.01.2013 188 Rückkehrer bereits bei f & w ausgeschieden.

1.2 **Organisatorische und rechtliche Struktur, Leitung und Kontrolle des Unternehmens**

Die Anstalt wird durch einen Geschäftsführer geführt, der von einem aus neun Mitgliedern besetzten Aufsichtsrat überwacht wird.

1.3 Markt- und Branchenentwicklung/f & w im Markt

1.3.1 Geschäftsbereich Wohnen

Das Jahr 2012 war vor allem durch eine weitere Zunahme der Nachfrage nach öffentlicher Unterbringung gekennzeichnet. Bei den Transfers von Zuwanderern aus der gesetzlichen Erstaufnahme von Hamburg in f&w-Folgeunterkünfte registrierte f&w im ersten Halbjahr 2012 gegenüber dem 1. Halbjahr 2011 eine Steigerung von 468 auf 566 Personen (+ 21%); im zweiten Halbjahr spitzte sich die Situation in diesem Bereich krisenhaft zu (2011: 433 Personen, 2012: 714 Personen, Steigerung + 65 %). Verglichen mit dem Ganzjahreszeitraum 2010 verzeichnete f&w 2012 sogar eine Zunahme um 74,4%.

Diesem zahlenmäßigen Anstieg der im Rahmen des Asylverfahrens nach Hamburg zugewiesenen Flüchtlinge war etwa ab August 2012 eine weit über der Sollkapazität von 70 Plätzen liegende Auslastung der Zentralen Anlaufstelle (ZA) in der Sportallee vorausgegangen, die die Behörde für Inneres und Sport (BIS) zur Einleitung von vorübergehenden Notmaßnahmen (u.a. zeitweiliger Aufbau von Zelten) veranlasste. Ergänzend mietete f&w im Auftrag der BIS ein benachbartes Gebäude an, das 2012 allerdings noch nicht zur Entlastung der Sportallee beitragen konnte. Im Auftrag der BIS übernahm f&w im November den Betrieb des als Notmaßnahme von dieser Behörde errichteten Containerstandorts in der Schnackenburgallee mit bis zu 296 Plätzen, der bis 21.12.2012 als Erstaufnahmeeinrichtung mit genutzt werden musste.

Seit September 2012 war f&w im Rahmen der von den Behördenleitungen der BIS und BASFI eingesetzten Koordinierungsgruppe intensivierten Suche nach Standorten für neue Unterbringungskapazitäten aktiv beteiligt. In diesem Zusammenhang konnten kurzfristig zunächst 100 befristet nutzbare Plätze auf dem Gelände des Langenhorner Jugendpark e.V., bei privaten Vermietern und am Standort An der Hafentbahn akquiriert werden.

Einen ersten Kapazitätsaufbau gab es ab November am Standort des Pavillondorfs Curslacke Neuer Deich mit 100 Plätzen in 4 Pavillons sowie am Unterkunftstandort in der Borsteler Chaussee mit 48 Plätzen in Containern. Darüber hinaus wurden die Voraussetzungen geschaffen, im Jahr 2013 weitere benötigte Kapazitäten für die öffentliche Unterbringung zu realisieren.

Alle zusätzlichen Kapazitäten der öffentlich-rechtlichen Unterbringung dienten grundsätzlich der Versorgung sowohl der Hamburger Wohnungslosen als auch der Flüchtlinge. Vor dem Hintergrund der Lage auf dem Wohnungsmarkt, die durch einen zunehmenden Mangel an preiswertem Wohnraum gekennzeichnet ist, kommt es zu einem deutlich reduzierten Auszug in Mietwohnraum was den Bedarf in der öffentlichen Unterbringung entsprechend erhöhte.

Die bundesweit spürbare ost-, südost- und zunehmend auch südwesteuropäische Armutsmigration machte sich auch in Hamburg in dem im April auslaufenen Winternotprogramm 2011/2012 (WNP) und mehr noch zu Beginn des Winternotprogramms 2012/2013 ab November durch hohe Nachfrage bemerkbar. Durchgehend sehr hoch war auch die Auslastung der Übernachtungsstätten in der Neustädter Straße für Männer und Paare mit etwa 112% sowie in der Hinrichsenstraße für Frauen mit 147,5%. Während in der Neustädter Straße ein hoher Anteil vornehmlich aus osteuropäischen EU-Staaten stammender obdachloser Arbeitsmigranten ursächlich war, wirkte sich in der Frauenübernachtung der strukturelle Mangel an geeigneten Plätzen für Frauen aus. Die die Kapazität der Übernachtungsstätten und des Winternotprogramms (Spaldingstraße) deutlich übersteigende Auslastung machte die schrittweise zeitlich befristete Ausweitung des WNP durch die Aufstockung der Kapazität in der Spaldingstraße und die Inbetriebnahme von Gebäuden in Jenfeld Anfang Dezember 2012 erforderlich.

f & w Kapazität für die öffentlich-rechtliche Unterbringung (Wohnungslose und Zuwanderer)

durchschnittliche Plankapazität	2008 Plätze	2009 Plätze	2010 Plätze	2011 Plätze	2012 Plätze
Wohnunterkünfte für Wohnungslose und Zuwanderer	8.400	8.084	7.711	8.217	8.336
Sonderbereiche	313	316	346	346	357
Gesamt	8.713	8.400	8.057	8.563	8.693

Die Belegung der Wohnunterkunftplätze beträgt im Berichtszeitraum durchschnittlich ca. 97%. Diese hohe Belegung ist auf die intensiviertere Inanspruchnahme aller zur Verfügung stehenden Ressourcen zurückzuführen. In den Sonderbereichen (WNP, Übernachtungsstätten, Zentrale Anlaufstelle, Frauenzimmer) beträgt die Auslastung sogar 167%.

f & w Kapazität für die privatrechtliche Vermietung

Im Berichtsjahr standen für die Klientengruppe der Personen mit gravierenden Zugangsproblemen zum freien Wohnungsmarkt durchschnittlich 789 Wohnungen zur Verfügung. Diese gliedern sich in Wohnungen mit einem qualifizierten Wohnanlagenmanagement sowie in Wohnungen im Rahmen eines betreuten Wohnens für Senioren.

durchschnittliche Plankapazität	2008 Wohnungen	2009 Wohnungen	2010 Wohnungen	2011 Wohnungen	2012 Wohnungen
Mietwohnen für Wohnungslose und Zuwanderer	324	437	516	569	566
Betreutes Wohnen für Senioren	223	223	223	223	223
Gesamt	547	660	739	792	789

Der Vermietungsgrad für die privatrechtliche Vermietung beträgt im Berichtszeitraum durchschnittlich 93 %. Der Bereich ist im Jahr 2012 durch eine hohe Auslastung und eine niedrige Fluktuation gekennzeichnet. Gegenläufig ist die Belegung im Seniorenwohnen Groß Borstel, das im Berichtszeitraum fortgesetzt saniert wurde. Der Rückgang bei den angemieteten Wohnanlagen gegenüber dem Vorjahr ist auf die Rückgabe von freien Wohnungen im Rahmen des Globalmietvertrages an die SAGA (s.o.) zurückzuführen.

1.3.2 Geschäftsbereich Eingliederungshilfe

Der fachliche Entwicklungsprozess der Eingliederungshilfe in Hamburg orientiert sich an den Umsetzungsanforderungen der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung, den gesetz-

lichen Anforderungen der Sozialgesetzbücher IX und XII und den Leitlinien und Zielsetzungen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz für eine personenbezogene Ausrichtung der Hilfen.

Die Sozialraumorientierung der Angebote gewinnt im Zuge der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zunehmend an Bedeutung.

Mit dem Beitritt zur Betriebsgesellschaft „Trägerverbund Psychische Gesundheit (TPG) gGmbH“ beteiligt sich f & w am operativen Aufbau einer neuen ambulanten Versorgungsstruktur für psychisch kranke Menschen im SGB V-Bereich in Hamburg.

Für das Geschäftsfeld Eingliederungshilfe standen im Berichtsjahr durchschnittlich 500 Plätze zur Verfügung.

durchschnittliche Plankapazität	2008 Plätze	2009 Plätze	2010 Plätze	2011 Plätze	2012 Plätze
Stationäre Betreuung	331	339	317	325	330
Ambulante/Teilstationäre Betreuung	123	144	165	166	170
Gesamt	454	483	482	491	500

Die durchschnittliche Auslastung in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe betrug 2012 102,5%.

1.3.3 Immobilienbereich

Die nicht betriebsnotwendigen Grundstücke und Gebäude werden durch den Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) schrittweise vermarktet. Da es sich dabei in der Regel um Konversionsflächen handelt, sind erhebliche Entwicklungs- und Freimachungs-Aktivitäten notwendig, die teilweise zu langen Vermarktungszeiträumen führen. Im Berichtsjahr wurden davon die Liegenschaften Am Burgberg, An der Alsterschleife sowie Teilgrundstücke der Liegenschaften Holstenkamp, Oberaltenallee und Heimfeld verkauft.

1.3.4 Hauptverwaltung

Die Aufgaben der Hauptverwaltung bestehen überwiegend aus den Dienstleistungen für die operativen Geschäftsbereiche. Daneben erfolgt in der Hauptverwaltung die Betreuung der ursprünglich 351 Rückkehrer. Weiterhin wird die betriebliche Altersversorgung für die 2.270 Anwärter (Stichtag 31.12.2012) und die 2.535 Pensionäre (Stichtag 31.12.2012) abgewickelt.

2 Ertragslage

Die Ertragslage von f & w ist in 2012 mit einem Verlust in Höhe von 5.677 Tsd. € wesentlich durch die

Aufwendungen für die Rückkehrer, durch die hohe Auslastung in der öffentlichen Unterbringung sowie durch die Veräußerungen von Liegenschaften der ehemaligen Pflegeimmobilien geprägt. Die Erstattung der FHH zur Deckung der Kosten für die Rückkehrer wird ergebnisneutral in der Kapitalrücklage abgebildet. Im Einzelnen setzen sich die Ergebnisse wie folgt zusammen:

- Der Geschäftsbereich Wohnen weist ein positives Jahresergebnis von 1.463 Tsd. € aus. Wesentliche Ursache hierfür ist die hohe Auslastung in der öffentlichen Unterbringung sowie die Auflösung von Rückstellungen für Energiekosten.
- Der Geschäftsbereich Eingliederungshilfe weist ein positives Jahresergebnis in Höhe von 121 Tsd. € aus. Dieses positive Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus der hohen Auslastung 2012 und der Generierung höherer Erträge durch die höhere Hilfebedarfsgruppenverteilung.
- Der Immobilienbereich schließt im Geschäftsjahr mit einem positiven Jahresergebnis von 694 Tsd. € ab, das im Wesentlichen durch Veräußerungen von Grundstücken bedingt ist. In 2012 wurden Veräußerungsgewinne mit den Liegenschaften Oberaltenallee (2.792 Tsd. €), An der Alsterschleife (1.128 Tsd. €), Holstenkamp (329 Tsd. €), Am Burgberg (134 Tsd. €) und Heimfeld (14 Tsd. €) erzielt. Gegenläufig wirkten sich die Vermarktungs- und

Freimachungskosten (2.418 Tsd. €) aus sowie Rückstellungszuführungen für die Risiken aus den Kaufverträgen Heimfeld und Oberaltenallee (860 Tsd. €).

- Die Hauptverwaltung weist einen Jahresverlust in Höhe von 7.954 Tsd. € aus, der Aufwendungen für die Rückkehrer in Höhe von 8.044 Tsd. € enthält. In Höhe dieser Aufwendungen wurde wie in Vorjahren eine Entnahme aus der Kapitalrücklage vorgenommen. In diesem Zusammenhang erstattet die FHH 7.000 Tsd. € für 2012, die wie entsprechende Beträge in Vorjahren als Kapitaleinlage bilanziert wurden. Ohne den Rückkehrerbereich errechnet sich ein Überschuss von 90 Tsd. € für die Hauptverwaltung.
- Die Versorgungsaltslasten sind im Wesentlichen auf Grundlage der mit dem HVF geschlossenen Vereinbarung finanziert. Die nicht von dieser Vereinbarung gedeckten Aufwendungen fließen in die Kalkulation der Kostensätze und Entgelte für die Geschäftsbereiche Wohnen und Eingliederungshilfe ein.

3 Vermögens- und Finanzlage

Die Entwicklung der Vermögenslage im Geschäftsjahr stellt sich wie folgt dar:

Die Grundstücksverkäufe der Liegenschaften An der Alsterschleife, Am Burgberg sowie die Teilverkäufe der Liegenschaften Holstenkamp, Oberaltenallee und Heimfeld sind die wesentlichen Einflussgrößen für die Minderung des Sachanlagevermögens um 1.370 Tsd. €. Gegenläufig wirkten sich in 2012 Investitionen für Baumaßnahmen in Höhe von 5.220 Tsd. € aus, die im Wesentlichen folgende Maßnahmen betreffen: Umbau Betreutes Wohnen in Groß Borstel, Aufbau von Pavillions in Curslack, Umbau Holstenkamp 113, Planung Neubau Bahrenfeld und Notkestraße, Umbau Haus Wiesengrund und Haus Hoibeken in Sachsenwaldau, Planung Neubau Farmsen und Fertigstellung des Treffpunkts in Huckfeld.

Bei der Beurteilung der Buchwerte der derzeit ausgewiesenen Grundstücke und Gebäude in Höhe von rd. 129.500 Tsd. € ist zu berücksichtigen, dass zum Bilanzstichtag Grundstücke und Gebäude mit einem Restbuchwert in Höhe von rd. 38.200 Tsd. € als nicht betriebsnotwendig einzuordnen sind. Diese nicht betriebsnotwendigen Immobilien stehen nach derzeitiger Einschätzung im Zeitablauf für eine Vermarktung mit folgenden Buchwertsummen zur Verfügung: kurzfristig rd. 19.900 Tsd. €, mittelfristig rd. 15.800 Tsd. € und langfristig rd. 2.500 Tsd. €.

Die Finanzanlagen betragen insgesamt 148.026 Tsd. €. Hier sind die Rückdeckungsansprüche aus Versorgungsleistungen an den HVF in Höhe von 137.025 Tsd. € enthalten. Diese bilanzierten Ansprüche stehen im Zusammenhang mit den gebildeten Pensionsrückstellungen in Höhe von 158.116 Tsd. € und betreffen Anwartschaften der Personen, die vor dem 01.08.1997 bei der Rechtsvorgängerin der f&w beschäftigt waren, in dem Umfang, wie sie bis zum 31.12.2005 entstanden sind, soweit sie nach dem 01.01.2006 fällig geworden sind (Versorgungsaltslasten). Sofern und soweit f&w Ansprüche auf Erstattung der Zahlung der vorgenannten Versorgungsaltslasten gegen Dritte zustehen, sind diese auf die Erstattungsverpflichtung des HVF anzurechnen.

Weitere Rückdeckungsansprüche wurden gegen Dritte in Höhe von 10.568 Tsd. € gebildet. Diese Ansprüche betreffen aktive und ehemalige Mitarbeiter, die Vordienstzeiten in der FHH und/oder in öffentlichen Unternehmen haben und von diesen als vorherige Arbeitgeber zu erstatten sind.

Im Zuge der Anpassung an das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) zum 01.01.2010 wurden die Erhöhungen der Rückdeckungsansprüche analog der Zuführungen zu Pensionsrückstellungen auf 15 Jahre verteilt. Diesbezüglich sind Ansprüche gegen den HVF in Höhe von 13.029 Tsd. € und gegen Dritte in Höhe von 1.332 Tsd. € nicht bilanziert.

Die Forderungen an den Träger der AöR bestehen gegen die FHH und betreffen im Wesentlichen Forderungen im Zusammenhang mit der Sanierungsdrucksache (2.328 Tsd. €), Erstattungsansprüchen aus der betrieblichen Altersversorgung (426 Tsd. €), Forderungen aus Investitionen für den Kapazitätsaufbau (4.400 Tsd. €) sowie aus Kostenerstattungen (2.150 Tsd. €) für den Geschäftsbereich Wohnen.

Das Eigenkapital erhöhte sich um 1.323 Tsd. € auf 34.382 Tsd. €. Die Erhöhung resultiert aus einer Verringerung des Bilanzverlustes um 1.917 Tsd. € auf 2.116 Tsd. € und der im Saldo um 1.044 Tsd. € auf 26.048 Tsd. € verminderten Kapitaleinlage der FHH für Rückkehrer. Ferner wurden aus dem Vorjahresüberschuss des Geschäftsbereichs Wohnen Rücklagen für Instandhaltung und Investitionen in diesem Geschäftsbereich in Höhe von insgesamt 450 Tsd. € gebildet, die unter den Gewinnrücklagen ausgewiesen sind.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Anstalt öffentlichen Rechts von 80.527 Tsd. € betreffen im Wesentlichen mit 57.873 Tsd. € das von der FHH im Zuge der Errichtung der Anstalt (1997) gewährte zinslose Darlehen und die bei der Kasse Hamburg unterhaltenen Zinsverbindlichkeiten (9.321 Tsd. €). Weitere Verbindlichkeiten betreffen Zuschüsse und Zuwendungen der FHH (5.519 Tsd. €), die aus Grundstücksverkäufen einbehaltene Vermarktungspauschale (5.582 Tsd. €), Freimachungskosten der Finanzbehörde/Immobilienmanagement (2.041 Tsd. €), Overheadkosten (110 Tsd. €) sowie Schließungskosten (69 Tsd. €) und Ruhegeld (12 Tsd. €).

Die Finanzlage der Anstalt ist im Geschäftsjahr 2012 durch die Zahlungsmittelzuflüsse vorrangig aus dem Zuschuss zur Deckung der Rückkehrerkosten der FHH sowie durch Mittelabflüsse zur Tilgung des Darlehens der FHH aus den Verkäufen der Grundstücke Heinrich-Hertz-Straße, Am Burgberg, An der Alsterschleife, Holstenkamp, Oberaltenallee und Heimfeld gekennzeichnet. Die mit der FHH abgestimmte schrittweise Übertragung dieser liquiden Mittel hat im Berichtsjahr jederzeit zu einem ausreichenden Liquiditätsbestand bei f&w geführt. f&w war daher im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, alle seine Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

4 Personal

Der Personalbestand für f&w ohne Rückkehrer betrug per 31.12.2012 insgesamt 529,07 Vollkräfte (VK). Für den Geschäftsbereich Wohnen ist stichtagsbezogen im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung von 9,16 VK und im Geschäftsbereich Eingliederungshilfe eine Verstärkung von 4,86 VK zu verzeichnen. In der Hauptverwaltung ist der Personalbestand zum Stichtag 2012 um 3,18 VK herabgesetzt. Der Personalüberhang von ursprünglich 351 Mitarbeitern des

ehemaligen Pflegebereiches (Rückkehrer) konnte bis Jahresende 2012 um 188 Mitarbeiter reduziert werden.

5 Nachtragsbericht

Nach dem Geschäftsjahresende sind keine berichtspflichtigen Veränderungen oder Ereignisse aufgetreten.

6 Risikobericht

6.1 Risikomanagement

Auf f & w finden das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG), das Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) und das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) Anwendung. Entsprechend hat f & w ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das im Rahmen der Jahresabschlussprüfung kontrolliert wird.

Es besteht ein mit dem Aufsichtsrat abgestimmtes Zielbild des Trägers für f & w. Auf dieser Basis hat f & w im Jahr 2011 ein Gesamtunternehmenskonzept für den Zeitraum 2012 bis 2015 erstellt, das entsprechend der Entwicklung der operativen Geschäftsbereiche fortgeschrieben wird. Hieraus abgeleitet ergeben sich die strategisch wesentlichen erfolgskritischen Prämissen zur Umsetzung in der jährlichen Wirtschaftsplanung. Dementsprechend erhalten die Geschäftsführung monatlich und der Aufsichtsrat quartalsweise die Berichterstattung über die Unternehmensentwicklung in der bisherigen Struktur und somit die Information über wesentliche Abweichungen zum Wirtschaftsplan. Weitere wesentliche Bausteine des Risikomanagements sind die unternehmensweiten EDV-Richtlinien, die aktuellen Qualitätsstandards und das implementierte Regelbesprechungs- und Informationssystem innerhalb des Unternehmens. Ergänzend hat die Geschäftsführung eine mittelfristige Finanzplanung für den Zeitraum 2012 bis 2015 erstellt. Die mittelfristige Finanzplanung wird fortgeschrieben.

Seit dem Jahr 2010 wird das Risikomanagement bedarfsgerecht und in Analogie zu den Verfahrensvorschlägen der Eigentümerin hinsichtlich der künftigen Form der Risikoberichterstattung an den Aufsichtsrat weiterentwickelt. Ziel ist die Implementierung eines prozessualen Gesamtsystems im Unternehmen, das unter Einbeziehung der vorhandenen Steuerungsinstrumente alle Unternehmensrisiken systematisiert, dokumentiert und vernetzt. Im Jahr 2011 wurde hierzu ein unternehmensweites Risikoinventar erstellt, das die Unternehmensrisiken vollständig erfasst und die Risikoauswirkungen und die Risikosteuerung durch Hinterlegung von Maßnahmen dokumentiert. Für das Jahr 2013 ist die Implementierung des Risikomanagementprozesses vorgesehen. Die Wirksamkeit und Einhaltung der Instrumente und Regelungen werden regelmäßig durch die Interne Revision und durch die bestellten Wirtschaftsprüfer kontrolliert.

6.2 Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

6.2.1 Geschäftsbereich Wohnen

Für den Bereich der Zuwanderung wird insgesamt eine stetige Zugangssteigerung angenommen. Die Situation fehlender Kapazitäten in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung bei gleichzeitig steigendem Kapazitätsbedarf verstärkt sich daher voraussichtlich weiter im Jahr 2013. Die kurzfristige Schaffung von Ersatz- sowie Zusatzkapazitäten an weiteren

Standorten ist im Laufe der Jahre 2013 bis 2015 vorgesehen.

Im Zusammenhang mit der Suche nach neuen bzw. erweiterungsfähigen Standorten für einen Kapazitätsaufbau in der öffentlichen Unterbringung ist eine sensible und präventive Öffentlichkeits- und Akzeptanzarbeit von f & w in enger Verzahnung mit der Eigentümerin und den verbundenen Organisationseinheiten der FHH erforderlich.

Zusätzlich führt im Bereich der Übernachtungsstätten und im Winternotprogramm die Zunahme der mittellosen Arbeitsmigranten aus Afrika sowie aus Südosteuropa mit zum Teil ungeklärten Rechtsansprüchen zu einem erhöhten Belegungsdruck.

6.2.2 Geschäftsbereich Eingliederungshilfe

Für den Geschäftsbereich Eingliederungshilfe gilt es, u. a. die derzeitigen Angebote entsprechend der sozialpolitischen Zielsetzungen der FHH auszurichten. Die veraltete Gebäudestruktur und die Angebotskonzentrierung auf wenige Standorte sowie die bisherige stationäre Ausrichtung der Angebotsgestaltung sind nicht mehr zeitgemäß. Die fachliche und strukturelle Weiterentwicklung der Leistungsangebote unter Inklusionsbedingungen erfordert hohe Investitionen für die bauliche Erneuerung der Einrichtungen, die Entwicklung von neuen und flexiblen Organisationsstrukturen und Ablaufprozessen im Rahmen eines Qualitätsmanagements und die Heranführung der Mitarbeiter an neue Formen der Leistungserbringung unter verstärkter Einbeziehung der Klienten, ihrer Angehörigen und des Sozialraums. Vor dem Hintergrund der vorhandenen Personalstruktur und der aktuellen Entwicklung auf dem Fachkräftemarkt bekommt die Akquise neuer Mitarbeiter einen hohen Stellenwert.

6.2.3 Immobilienbereich

Die finanziellen Aufwendungen für die Verwaltung der nicht betriebsnotwendigen Grundstücke belasten das Ergebnis dieses Bereiches für das Jahr 2013 und ff weiterhin. Dem gegenüber stehen die erwarteten Erträge oder auch Verluste aus Grundstücksverkäufen. In 2013 ff wird die Vermarktung durch den Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) fortgesetzt.

6.2.4 Rückkehrer

Das in der Hauptverwaltung gebildete Dispositionsteam unterstützt die Rückkehrer weiterhin bei ihren Bewerbungen auf finanzierte Stellen in der FHH. Die Finanzierung der nicht durch Erträge gedeckten Kosten erfolgt durch eine Kapitaleinlage der FHH.

6.2.5 Erstattung der Rückkehreraufwendungen und Rückdeckungsansprüche aus Versorgungsleistungen

Hinsichtlich der Erstattung der Rückkehreraufwendungen und der Rückdeckungsansprüche aus Versorgungsleistungen hat die BASFI mit einem Schreiben vom 04.03.2011 ausgeführt, dass die Einlage der FHH keine Begünstigung von f & w darstellt, die den Wettbewerb verfälschen oder den Handel zwischen EU-Mitgliedstaaten beeinträchtigen könnte.

6.2.6 Gesamteinschätzung der Risikolage von f & w

Existenzgefährdende Risiken sind der Geschäftsführung nicht bekannt.

7 Entsprechenserklärung zum Hamburger Corporate Governance Kodex 2011
Die Erklärung ist auf der Internet – Seite von f & w unter www.foerdernundwohnen.de veröffentlicht.

8 Prognosebericht/Ausblick auf die Geschäftsjahre ab 2013 ff.

8.1 Geschäftsbereich Wohnen

Der Geschäftsbereich Wohnen wird weiterhin seine besonderen Aufgaben für Hamburg im Bereich der öffentlichen Unterbringung für Wohnungslose und Asylbewerber sowie in der privatrechtlichen Unterbringung von Personen mit gravierenden Zugangsproblemen zum freien Wohnungsmarkt erfüllen. Der Aufbau neuer Kapazitäten an den Standorten Lehenwerder, Poppenbüttler Weg, August-Krogmann-Straße, Offakamp, Sandwich und Oststeinbeker Weg, der bis Jahresende 2013 realisiert wird, ermöglicht die Kompensation der geplanten Schließung des Pavillonorfes Sengelmannstraße. Weitere Kapazitätsausweitungen in den Jahren 2014 ff erfolgen durch die Neubaumaßnahmen Notkestrasse, Holstenkamp und Wetterstrasse sowie die Übernahme der Standorte An der Hafenbahn und Jugendpark Langenhorn. Der Geschäftsbereich Wohnen wird weiterhin die notwendigen Instandhaltungsrücklagen für die privatrechtliche Vermietung erwirtschaften.

8.2 Geschäftsbereich Eingliederungshilfe

Für den Geschäftsbereich Eingliederungshilfe wird f & w die zukunftsorientierte Entwicklung seiner Angebote entsprechend der Vorgaben der zuständigen Fachbehörde und dem vorgelegten Entwicklungskonzept weiter umsetzen. Hierzu gehören der weitere Aufbau einer personenbezogenen Angebotsstruktur unter Inklusionsbedingungen für alle betreuten Personenkreise und die schrittweise Regionalisierung der schwerpunktmäßig auf drei Standorte zentrierten Plätze. Damit verbunden sind umfangreiche bauliche Erneuerungen, die in 2013 ff mit der Fortschreibung der Planung von Neubauten für ambulantes Wohnen in Wilhelmsburg, Farmsen und Jenfeld, sowie des

Modernisierungsprogramms für die Wohngebäude und den Beschäftigungsbereich in Sachsenwaldau weiter umgesetzt werden.

Zur Weiterentwicklung des Angebots unter den geänderten fachlichen und vertraglichen Rahmenbedingungen sind neue, effektive Strukturen zur Leistungserbringung zu entwickeln und aufzubauen, um die Hilfen zukünftig unabhängig vom Leistungsort und der Leistungsart zu organisieren. Zur Sicherstellung eines umfangreichen und bedarfsorientierten Unterstützungsangebots für die betreuten Zielgruppen wird der Geschäftsbereich Eingliederungshilfe weiterhin aktiv daran arbeiten, Vorhaben zur Weiterentwicklung der Angebote in Kooperationsprojekten mit anderen Trägern der Eingliederungshilfe sowie mit regionalen Institutionen zu realisieren. Der Einsatz von Freiwilligen wird konzeptionell verankert. Der Geschäftsbereich wird sich in der Zukunft auch weiterhin als ein Anbieter für Klienten mit hohem Assistenzbedarf und vielfältigen Problemlagen positionieren. Die mittelfristige Planung berücksichtigt den Anspruch, künftig ausgeglichene Ergebnisse zu erzielen.

8.3 Immobilienbereich

Im Jahr 2013 wird die Vermarktung der nicht betriebsnotwendigen Grundstücke durch den Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) fortgesetzt. Das Gesellschafterdarlehen an f & w wird sich entsprechend reduzieren.

8.4 Hauptverwaltung

Neben den Serviceleistungen für die operativen Bereiche bleibt die Bewältigung der Rückkehrerproblematik eine wichtige Aufgabe der Hauptverwaltung. Für die Hauptverwaltung erwarten wir ohne Berücksichtigung der Belastung durch die Rückkehrer weiterhin ein ausgeglichenes Ergebnis.

Hamburg, den 22. März 2013

f & w fördern und wohnen AÖR
Dr. Rembert Vaerst
(Geschäftsführer)

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der f & w fördern und wohnen AöR, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Anstalt öffentlichen Rechts. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt des öffentlichen Rechts sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden

die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt öffentlichen Rechts. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bremen, den 22. März 2013

Beratungs- und Prüfungsgesellschaft BPG mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(gez. Hartung)
Wirtschaftsprüfer

(gez. Groteschulte)
Wirtschaftsprüfer

717

Gerichtliche Mitteilungen

Konkursverfahren

65 b N 174/98. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **PBA Planungs-, Bau- und Ausführungsgesellschaft mbH**, zuletzt Teerosenweg 18, 22177 Hamburg, Liquidator: Thomas Scheuermann, Neuer Wall 26, 20354 Hamburg, wird nach Abhaltung des Schlusstermins durch Beschluss vom 18. Juli 2013 aufgehoben.

Hamburg, den 5. August 2013

Das Amtsgericht, Abt. 65
718

Zwangsversteigerung

802 K 70/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Schemmannstraße 19 belegene, im Grundbuch von Volksdorf Blatt 4753 eingetragene 4637 m² große Grundstück

(Flurstück 2125), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einem freistehenden, teilunterkellerten Einfamilienhaus mit integrierter Doppelgarage und mit Einliegerwohnung, Baujahr 1980, mit insgesamt etwa 530 m² Wohnfläche, bebaut. Die Wohnfläche verteilt sich im Wesentlichen auf zwei Wohngeschosse und umfasst in der Haupteinheit 8 Zimmer, Wohnküche, diverse Sanitär- und Nebenräume, einen sehr großen Wintergarten (Baujahr 1993) und eine Loggia. Die Einliegerwohnung umfasst etwa 65 m² Wohnfläche verteilt auf 1,5 Zimmer, Küche und Sanitärraum. Im Schlafzimmer besteht eine Türverbindung zum Haupthaus. Zusätzliche Nutzflächen sind im Spitzboden und im Kellergeschoss vorhanden. Gehobene bis stark gehobene Ausstattung. Besonderheiten u.a.: Offene Galerie in der Diele, Kamine im Wohn-

zimmer und Wintergarten. Dusche, Sauna und Pantry im Wintergarten, Gewächs- und Gerätehaus. Das Objekt wird von den Eigentümern, die Einliegerwohnung von der Tochter mit Ehemann, genutzt. Gute bis sehr gute Wohnlage. Alle vorstehenden Angaben entstammen dem Verkehrswertgutachten.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 2.250.000,- Euro (1.500.000,- Euro für den in Abteilung I Nummer 3 a) eingetragenen $\frac{2}{3}$ Miteigentumsanteil sowie 750.000,- Euro für den in Abteilung I Nummer 3 b) eingetragenen $\frac{1}{3}$ Miteigentumsanteil).

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 23. Oktober 2013, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 10. November 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

719

802 K 18/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Schemmannstraße 21 belegene, im Grundbuch von Volksdorf Blatt 7733 eingetragene 1876 m² große Grundstück (Flurstück 1703), durch das Gericht versteigert werden.

Laut Gutachten ist das Grundstück bebaut mit einem eingeschossigen Einfamilienwohnhaus in massiver Bauweise mit Teilunterkellerung und Garage, Ursprungsbaujahr 1953. Das Dachgeschoss ist zu Wohnzwecken ausgebaut. Die Wohnfläche beträgt etwa 109 m². Der Investitionsbedarf wurde auf etwa 50 000,- Euro geschätzt. Das Objekt soll als „Werkdienstwohnung“ fremdvermietet sein.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 675 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 23. Oktober 2013, 10.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 18. Oktober 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 16. August 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek**

Abteilung 802

720

Zwangsvollstreckung

417 K 5/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen das in Hamburg, Hein-Möller-Weg/Sander Damm 210 belegene, im Grundbuch von Lohbrügge Blatt 6563 und 6676 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 60/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 3008 m² großen Flurstück 4470, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nummer 24 sowie das Teileigentum, bestehend aus 40/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 3008 m² großen Flurstück 4470 verbunden mit dem Sondereigentum an dem Stellplatz in einem Vierfachparker rechts unten in der Parkebene Nummer 137, durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich um eine unvermietete 1-Zimmer-Wohnung, etwa 30,47 m², im Erdgeschoss einer 1998 errichteten Wohnhausanlage. Es besteht Renovierungsbedarf.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: Für das Wohnungseigentum: 49 700,- Euro. Für das Teileigentum: 8800,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 26. September 2013, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 312, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 91 - 23 93/-21 63. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Für ein Gebot ist unter Umständen 10% des Verkehrswertes als Sicherheit zu leisten.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 7. März 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 16. August 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 417

721

Zwangsvollstreckung

616 K 51/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Celler Weg 24, 21079 Hamburg belegene, im Grundbuch von Langenbek Blatt 2229 eingetragene 221 m² große Grundstück (Flurstück 750), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem zweigeschossigen, unterkellerten Reihemittelhaus, Baujahr etwa 1958, Wohnfläche etwa 63 m², Erdgeschoss: mit Wohnraum (17 m²), Küche, Windfang, WC, Flur; Obergeschoss: 2 Räume (15,5 m² und 9 m²), Abstellraum, Bad, Flur. Gasheizung (2009 erneuert). Warmwasserversorgung über Heizung. Terrasse. Instandhaltungszustand unterdurchschnittlich. Im Bereich des Kellers teilweise Feuchtigkeitsschäden. Kosten für Instandsetzung geschätzt 15 000,- Euro. Die Nutzung erfolgt durch Schuldner.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 113 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 1. Oktober 2013, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040/4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungspool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 12. Oktober 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 16. August 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

722

Zwangsversteigerung

717 K 35/06. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Alter Zollweg 90, 92, 94 belegene, im Grundbuch von Oldenfelde Blatt 7406 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1939/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 2545 m² großen Flurstück 1242, verbunden mit dem Sonder-

eigentum an der Wohnung mit der Nummer 6 im Aufteilungsplan, durch das Gericht versteigert werden.

Die 4-Zimmer-Wohnung befindet sich in der Gebäudemitte eines geringfügig unterkellerten Wohnhauses mit 3 Wohneinheiten (postalische Anschrift „Alter Zollweg 90“). Errichtung vermutlich 1987 in massiver Bauweise. Die Wohnfläche von etwa 141 m² verteilt sich auf das Erd- und Obergeschoss. Mittlerer bis teilweise gehobener Ausstattungsstandard. Beheizung über Warmluftklimazentralheizung mit Luftaufbereitung über Minikanalsystem, Heizmedium Öl, Warmwasserversorgung überwiegend zentral über Heizung. Sondernutzungsrecht an einer Gartenfläche und einem Kfz-Stellplatz. Es besteht Unterhaltungsstau und Modernisierungsbedarf. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung war das Objekt frei von Miet- und Pachtverhältnissen.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 203 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 23. Oktober 2013, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, II. Stock, Saal 216.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 220, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 81 - 29 10/- 29 11. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 4. April 2006 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Ertei-

lung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 16. August 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717

723

Ausschließungsbeschluss

406 II 6/13. Auf Antrag des Herrn Dr. Heinz Thomas, 21033 Hamburg, Schulredder 2 B, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Abteilung 406, durch den Rechtspfleger Prüssing:

Der Deutsche Grundschuldbrief Gruppe 4 Nummer 042504 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf von Boberg Blatt 907 in Abteilung III unter der Nummer 2 – zwei – für die Hamburger Sparkasse, Hamburg eingetragene Grundschuld über restliche 96 500,- DM (Sechszehnzigtausendfünfhundert DEM) nebst 10 % Zinsen jährlich, wird für kraftlos erklärt. Der Antragsteller trägt die Kosten des Verfahrens.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss ist die Beschwerde zulässig. Beschwerdeberechtigt ist derjenige, der durch diesen Beschluss beeinträchtigt ist. Die Beschwerde ist binnen einer Frist von einem Monat schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle bei dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg einzulegen. Die Beschwerdefrist bedinnt im Falle der öffentlichen Zustellung einen Monat nach Aushang des Beschlusses an der Gerichtstafel. Die Beschwerde muss die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde gegen diesen Beschluss eingelegt wird. Sie ist vom Beschwerdeführer oder seinem Bevollmächtigten zu unterzeichnen. Die Beschwerde soll begründet werden.

Hamburg, den 2. August 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 410

724